

Keine Kunstgelenke und kein Zahnersatz für alte Menschen?



Zwischen dem Reichtum einer Gesellschaft und ihrer Geburtenrate besteht ein ursächlicher Zusammenhang. In den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten der Erde sinkt die Zahl der Geburten seit Jahrzehnten stetig. Die armen Länder des Globus weisen hohe Bevölkerungszuwächse auf. Damit stehen in den sozialen Sicherungssystemen wie der Krankenversorgung immer mehr alte Menschen immer weniger berufstätige BeitragszahlerInnen der Krankenkassen gegenüber.

Das ist seit Jahrzehnten bekannt. Warum lässt da gerade jetzt der Vorsitzende der CDU-Jugend, Missfelder, Aussagen wie „keine Kunstgelenke und kein Zahnersatz für Alte“ los? In den Medien fand Missfelder ein dankbares Echo. Natürlich hat er sich inzwischen bei den „Senioren“ entschuldigt. Aber seine Schuldigkeit hat er getan. Die „längst überfällige Diskussion“ kam in Gang und stimmt die Lohnabhängigen auf die nächsten Kürzungen ein.



Selbst schuld?

Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme sind nicht vom Himmel gefallen. In der vorindustriellen Ära sicherte die Großfamilie gegen Alters- und Gesundheitsrisiken ab. Durch den rasanten Aufstieg des Frühkapitalismus mit seinen Großstädten und Industrieregionen löste sich die Großfamilie auf. An ihre Stelle trat ein kollektives, gesetzlich verordnetes Absicherungssystem. Die Gründung von Familien wurde schwieriger und unattraktiver. So fiel nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland die Geburtenrate abrupt nach unten und die Zahl der Sterilisationen ging steil nach oben. Die Frauen in der ehemaligen DDR verhielten sich angesichts der grassierenden Arbeitslosigkeit und des Kampfes um die verbliebenen Arbeitsplätze „marktkonform“. Sie rechneten sich schlicht aus, dass sie ohne intakte Eileiter eher einen der raren Jobs ergattern würden. Erst produziert die kapitalistische Konsum- und Wettbewerbsgesellschaft eine Situation, in der Kinder zum Luxusgut werden. Dann macht sie die Betroffenen auch noch dafür haftbar, weil sie sich dieser Sachlage anpassen.

Bezahlen wie in Holland

Natürlich glauben die Damen und Herren, die jetzt so beschwörend Gerechtigkeit für die Jugend verlangen, das dumme Zeug selbst nicht, was sie da von sich geben. Diese Scheindebatte verfolgt gleich mehrere Ziele:

Zum Ersten soll damit von den bereits zwischen SPD-Grünen und CDU/CSU ausgehandelten tiefen Einschnitten in das Gefüge der Solidarversicherung abgelenkt werden. Sie wollen ein System mit minimaler Grundabsicherung. Alles darüber hinaus sollen die rd. 40 Millionen Lohnabhängigen entweder bar bezahlen oder zusatzversichern lassen. So ist das als erster Einstieg beim Zahnersatz geplant. Probleme mit Zusatzversicherung oder Zahnersatz haben die 300.000 KapitaleignerInnen natürlich nicht. Es geht auch nicht um die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Unter dem harmlosen Titel „Bürgerversicherung“ soll ein System wie in Holland eingeführt werden. Wer dort in den vollen „Genuss“ der Leistungen des Gesundheitssystems kommen will, muss sich generell privat zusätzlich versichern. Die gesetzliche Kasse deckt dort inzwischen lediglich eine Basisversorgung ab.

Zweitens soll mit der obigen Argumentation der Eindruck vermittelt werden, das System sei aufgrund der Selbstsucht der „alten Menschen“ nicht mehr finanzierbar. Schamhaft verschwiegen wird dabei, dass die Krankenversicherungen generell kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem wegen der jahrelangen Massenarbeitslosigkeit und wegen der bestehenden Beitragsbemessungsgrenze haben.

Zum Dritten geht es wie immer darum, ein Verfahren einzuführen, das einerseits die Kosten des Versorgungssystems für die KapitaleignerInnen auf ein Minimum drückt. Andererseits soll der „Wachstumsmarkt“ Gesundheit – von der Wellness-Welle über die Apparatedizin bis zu Schönheitsoperationen – nicht beeinträchtigt werden. Die Versicherungskonzerne lauern schon auf den neuen Geschäftszweig.

Solidarität statt Spaltung!

Jeder weitere Abbau der jetzt noch existierenden Solidarstruktur im Gesundheitswesen wird zu einem Medizinsystems als ganz „normalen“ profitorientierten Marktsektor führen. Wir brauchen dagegen ein Gesundheitssystem, das diesen Namen verdient. Das heißt: Solidarität statt Spaltung, Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Kranken und Gesunden. Wir wollen Aufbau statt Abbau der Solidarversicherung, Ausbau der Selbstverwaltung der lokalen Kassenstrukturen, Abschaffung der Privatmedizin, Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze mit unbegrenzter progressiver Beitragsstaffelung. Reiche sollen am meisten zahlen!

Wer heute nur einen Abwehrkampf gegen die „schlimmsten Auswüchse“ der Pläne der Allparteienkoalition aus SPD bis CDU führen will, hat schon verloren. Um diesen Kampf zu organisieren, brauchen wir eine Sozialistische ArbeiterInnenpartei. Den von CDU-Missfelder & Co. beabsichtigten Spaltung in „junge Leistungsträger“ und „Alte“ können wir nur alle gemeinsam entgegenreten:

Auf die Straße gegen Medizin- und Pharmaindustrie und ihre Helfershelfer in Politik und Wissenschaft!

Gegen Sozialkahltschlag: 1. November bundesweite Demonstration in Berlin - 15. November europaweit in Paris

Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)
Sektion der IV. Internationale in Deutschland

www.rsb4.de

RSB Oberhausen, c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Str. 66, 46045 Oberhausen